



PRESSEDIENST

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG – LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Lehrergewerkschaft im »NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion«

Hannover, 27.11.13 – 13

Kommunen schlagen wegen fehlender Mittel Alarm:

„ VBE fordert: Schulsozialarbeit verbindlich regeln !“

-Inklusion, Ganzttag, Migration und Bildungsteilhabe nationale Aufgaben-

„Die Schulsozialarbeit in Niedersachsen muss verbindlich geregelt werden und darf nicht 2013 auslaufen“, fordert Gitta Franke-Zöllmer, Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) vor dem Hintergrund der heute durch die Medien bekannt gewordenen „Weckrufe“ aus Kommunen und Landkreisen. „Das Auslaufen des Bildungs- und Teilhabepakets darf kein Anlass sein, dieses erfolgreiche, sinnvolle und gute Projekt einfach über Bord zu werfen. Es macht wenig Sinn, wenn der Bund Projekte anschiebt, die Länder aber nach Ende der Anschubphase im Regen stehen, obwohl sich die Projekte vor allem bei der Öffnung der Unterrichtsschule zur Ganztagschule bewährt haben.“

Schulsozialarbeiter haben sich nachweislich bewährt, so Frau Franke-Zöllmer. „Sie sind wichtige Bezugspersonen, die Kinder und Jugendliche in der Schule begleiten. Sie sind Ansprechpartner für Sorgen und Probleme, die im Schulalltag auftreten – egal ob innerhalb der Schülerschaft oder zwischen Schülern und Lehrern. Schulen und Schülern dieser Stellen zu berauben, hat nichts mit Kontinuität und Verlässlichkeit zu tun.“

Ziel der Schulsozialarbeit ist es unter anderem, die Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Bildungschancen zu entkoppeln. „Wenn sich die Schulen von dieser erprobten Maßnahme wegen Geldmangels trennen müssen, wird die Bildungsschere noch weiter auseinanderdriften. Vor allem an Standorten, die in sozialen Brennpunkten sind, wäre dies fatal – und beweist erneut, dass sich Bund und Länder mehr und mehr vom Ziel der Bildungsrepublik entfernen, zu dem nicht viel Gutes aus den Koalitionsverhandlungen zu lesen ist,“ befürchtet die VBE-Vorsitzende.

Deswegen muss sichergestellt sein, dass auch im Fall eines Auslaufens des Bildungs- und Teilhabepakets die Schulsozialarbeit gesichert ist. Das ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Der VBE fordert, dass jeder Schule mindestens ein Schulsozialarbeiter zugewiesen wird: „Das entspricht auch der Anforderung einer modernen Schule, die zum Wohle aller Kinder verschieden pädagogische Professionen vorhält.“ Grundvoraussetzung ist für den VBE allerdings, dass diese Stellen nicht auf die Lehrerstellen angerechnet, sondern zusätzlich bereitgestellt werden.